

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

18. September 1968 - 75/11
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 3: DUBIOSES ZUSAMMENSPIEL ZWISCHEN POLIZEI UND NPD IN HAMELN
SEITE 5: PORTRÄT EINES "LINKSLIBERALEN" - DER FALL RUNGE
SEITE 7: HOCHSCHULREFORM-VORSTELLUNGEN IN DER DDR - DOKUMENTATION

WESTBERLIN: MISSTRAUEN GEGENÜBER DEN ALLIIERTEN

Am 3. Juli 1968 (EXTRA-Dienst 53/II) berichteten wir erstmals über eine am 5. Juni 1968 fertiggestellte Studie des Bonner Kontaktausschusses zwischen Bundesregierung und Senat, die sich mit den bedrohlichen Auswirkungen der Westberliner Bevölkerungsentwicklung auf die Stadt beschäftigt. Aus dem umfangreichen, bisher nicht veröffentlichten Papier bringt EXTRA-Dienst nachstehend die wichtigsten Auszüge aus der zusammenfassenden, der Analyse vorangestellten Gesamteinschätzung. Trotz optimistischer Redewendungen ist das Papier pessimistisch genug; es ist auch von tiefem Mißtrauen gegenüber den Westalliierten geprägt. Die Studie bestätigt weiter die Voraussagen der Außerparlamentarischen Opposition, wonach Westberlin ohne grundlegende Änderung seiner Politik eine sterbende Stadt ist. Hier entscheidende Passagen aus dem Papier:

Der Koordinierungsausschuß der Bundesregierung für Berlin- und SBZ-Fragen hat am 3. November 1966 den Kontaktausschuß mit der Ausarbeitung einer Studie über die Bevölkerungsentwicklung in Berlin-West beauftragt, die hiermit dem Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen vorgelegt wird. Wenn die Bevölkerungszahl in Berlin-West auf dem gegenwärtigen Stand gehalten werden soll, ist Berlin-West bedingt durch den ungünstigen Altersaufbau seiner Bevölkerung und dem daraus folgenden hohen Sterbeüberschuß auf lange Sicht auf einen durchschnittlichen jährlichen Wanderungsgewinn von etwa 18 000 Personen angewiesen. Um die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung konstant zu halten, müßten darunter im Durchschnitt etwa 12 000 Erwerbspersonen sein. Demgegenüber hat Berlin-West im Jahre 1966 nur noch einen unbedeutenden Wanderungsgewinn gehabt, so daß der Bevölkerungsstand um rund 12 000 Personen zurückgegangen ist. Diese Entwicklung hat sich 1967 verstärkt fortgesetzt. Die Bevölkerungszahl sank gegenüber dem Vorjahr um 22 097 auf 2 163 316 Ende des Jahres 1967, wobei 14 589 auf den Sterbeüberschuß und 7 508 Personen auf den Wanderungsverlust entfielen. Im Jahre 1967 hatte sich die Westberliner Bevölkerung dagegen um 11 859 und im Jahre 1965 nur um 2 966 Einwohner vermindert. Insgesamt gesehen verringerte sich die Einwohnerzahl West-Berlins während der vergangenen Jahre gegenüber dem Stand von Ende 1966 um 1 von 100. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Zuwanderung von Arbeitnehmern nach Berlin-West ihre Grenze an der Aufnahmefähigkeit des Berliner Arbeitsmarktes findet. Mit einer weiteren Abnahme der Gesamtbevölkerungszahl Berlins muß auch in den nächsten Jahren gerechnet werden, weil nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausschätzung

des Statistischen Landesamtes Berlin der jährliche Sterbeüberschuß von rund 12 600 im Jahre 1964 bis auf rund 22 200 im Jahre 1970 laufend steigen wird... Es ist anzunehmen, daß die fortschreitende Rationalisierung und Technisierung in den Betrieben auch weiterhin zu einem Mehrbedarf von Arbeitskräften führt, der zu einem Teil die Verluste, die durch das Ausscheiden von Arbeitskräften aus dem Arbeitsleben entstehen, ausgleicht. Darüber hinaus hat sich im Laufe der Jahre eine zunehmende Verzahnung zwischen dem West-Berliner und dem westdeutschen Arbeitsmarkt ergeben, so daß West-Berlin hinsichtlich der Deckung seines Arbeitskräftebedarfs nicht mehr auf seinen eigenen Raum beschränkt ist. Dabei muß beachtet werden, daß es sich bei dieser Verzahnung nicht um eine natürliche Verflechtung handelt, sondern um einen Vorgang, der im wesentlichen unterstützt wird durch die Förderungsmaßnahmen auf dem Berliner Arbeitsmarkt.

Bei einer langfristigen Betrachtung muß jedoch nicht nur im Interesse der Lebensfähigkeit der Stadt, sondern auch im Interesse der Berlin- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung für die Erhaltung eines angemessenen Bevölkerungsstandes in Berlin Sorge getragen werden. Sollten Abwanderungstendenzen die Berliner Einwohnerzahl in erheblichem Maße gefährden, so bestünde die Gefahr einer für die weitere Existenz der Stadt bedrohlichen Kettenreaktion. Mit schwindendem Vertrauen in die Zukunft der Stadt und in die Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen des Bundes würde sich das Investitionsklima in Berlin verschlechtern, was wiederum in Berlin die Abwanderungstendenzen verstärken könnte und in Westdeutschland die Bereitschaft zur Übersiedlung nach West-Berlin schmälern würde. Dies müßte des weiteren bei den Westmächten zu dem Eindruck führen, daß das Berlin-Problem würde sich in absehbarer Zeit von selbst erledigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus dieser Einstellung die Auffassung erwächst, es lohne sich nicht mehr, für die Stadt und die Freiheit ihrer Zugangswege ernstlich einzustehen. Ein solcher Meinungswandel würde der Ostseite nicht verborgen bleiben und sie zu einem härteren Drängen in der Berlin-Frage provozieren.

Es kommt daher darauf an, solche Tendenzen von vornherein sorgfältig zu beobachten, um frühzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Wenn das Vertrauen in die Zukunft der Stadt einmal allgemein erschüttert ist, wird es unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen sehr schwierig sein, dieses Vertrauen wiederherzustellen. Gegenwärtig kann von einer akuten Gefahr für die Stadt aus Folgen der Bevölkerungsentwicklung nicht gesprochen werden. Der Kontaktausschuß ist daher zu dem Ergebnis gekommen, daß derzeit kein dringender Anlaß besteht, aus politischen Gründen die gegenwärtig laufenden Programme zur Erhaltung des Berliner Bevölkerungsstandes zu ändern. Es wird jedoch Aufgabe der zuständigen Fachressorts sein, die bestehenden Maßnahmen für die Erhaltung des Bevölkerungsstandes und die Verbesserung der Bevölkerungsstruktur in Berlin und ihre Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Der Weg zu einer Verbesserung der Berliner Bevölkerungsstruktur kann nur noch in der Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Berliner Wirtschaft liegen, das heißt über eine stärkere Auslastung der vorhandenen Wirtschaftskapazitäten und darüber hinaus über eine Erweiterung der derzeitigen Produktionskapazität Westberlins infolge einer erheblich stärkeren Wirtschaftsexpansion. Sollte die künftige Entwicklung erweisen, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, wird sich die Bundesregierung mit den politischen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in Berlin befassen müssen. Der Kontaktausschuß behält sich daher eine erneute Berichterstattung an den Kabinettsausschuß vor."

VERWALTUNGSGERICHT: FNL-SAMMLUNG ERLAUBT

Als "offensichtlich rechtswidrig" hat das Verwaltungsgericht das Polizei-Verbot der Sammlung "100 000 Mark für Vietnam" bezeichnet. Wie berichtet, war das Konto dieser Sammlung gesperrt worden, weil dem Aufruf des "Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung Westberlin" angeblich zu entnehmen gewesen sei, die Spenden seien für humanitäre Zwecke im Sinne des Roten Kreuzes bestimmt, dieser Sammlungszweck aber nicht gewährleistet sei. Das Verwaltungsgericht stellte demgegenüber fest, daß der Aufruf "deutlich erkennen läßt, daß die gesammelten Beträge der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams übermittelt werden sollen". Das Gericht erklärte weiter: "Eine verfassungswidrige Handlung liegt nicht vor. Die Sammlung ist nicht geeignet und wird auch nicht in der Absicht durchgeführt, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. (...) Nach dem geltenden Sammlungsgesetz kommt es

auch nicht darauf an, ob der Sammlungszweck von der Behörde gutgeheißen wird." Das wiedergeöffnete Konto der Sammlung: Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4936, Stichwort "Hilfe für Vietnam" (Postscheck-Konto der BfG: Berlin-West 82800).

HAMELN: POLIZEI UND NPD SPIELEN "RATTENFÄNGER" BEI DER APO

Zu einer regelrechten Menschenjagd auf APO-Anhänger kam es in der Nacht vom 11. zum 12. September in Hameln. Nach einer Wahlveranstaltung der NPD verfolgten neonazistische Schlägertrupps junge Hamelner, die Plakate der Thadden-Partei durch Nazi-Embleme "kennzeichnen" wollten. Dabei wurde eine junge Frau, die mit ihrem Freund unterwegs war, mit Ochsenziemern mißhandelt. In ihrer Anzeige bei der Kripo berichtet die Zeugin: "Ich sah die Angreifer in geduckter, sprungbereiter Haltung, jeder mit einer ledernen Hundepeitsche (Ochsenziemer) bewaffnet, mit denen sie zum Schlagen ausholten mit den Worten: 'Jetzt hab ich dich! Hakenkreuz-Schmierer!' Vielleicht drei bis viermal konnte ich den Schlägen, die auf das Gesicht gezielt waren, entgehen. Ein oder zwei Hiebe haben mein Gesicht gestreift."

Ein Autofahrer half schließlich den Bedrängten. Die Schläger versuchten auch, diesen Helfer auszupeitschen und ließen ihre Wut schließlich an seinem Wagen aus. Als schließlich die Polizei hinzu kam, ging sie nicht gegen die NPD-Leute vor, sondern leitete Ermittlungen gegen die Überfallenen und ihren Helfer ein. Es stellte sich heraus, daß die NPD-Schläger selbst die Polizei angerufen hatten, bevor sie mit ihren Peitschen auf die APO-Leute losgingen. Die Politische Polizei in Hameln setzte die Betroffenen auch an den folgenden Tagen unter Druck. So erschien sie bei dem Autofahrer morgens um 6 Uhr, um ihn zu einem Verhör zu holen. Ein Kommissar Martin erklärte während der Vernehmung, daß das Haus der jungen Frau und ihres Begleiters von NPD-Spitzeln beobachtet werde, weigerte sich aber, etwas dagegen zu unternehmen. Während des Verhörs stellte sich auch heraus, daß die Politische Polizei eine Liste all jener Linksoppositionellen besitzt, die sich während der NPD-Veranstaltung zu Wort gemeldet hatten.

Auch gegen andere NPD-Opfer in Hameln ging man in ähnlicher Weise vor. So hatte sich ein NPD-Schlägertruppe ein Café im Stadtkern als Stützpunkt gewählt: Vorübergehende, die verdächtig (weil zu jung) erschienen, wurden mit dressierten Schäferhunden genötigt, auf die Polizei zu warten. Vom Telefon des Cafés aus wurde jeweils die Polizei gerufen. Die Beamten notierten sich die Personalien der Betroffenen und leiteten die Angaben an die Politische Polizei weiter. Einem Oberschüler, der den Grund dieser Personalienfeststellung von den Beamten erfahren wollte, erklärte man, daß sein mitgeführtes Fahrrad ja gestohlen sein könne. In den nächsten Tagen erschienen Beamte der politischen Polizei in der Schule, um dort von Lehrern und Mitschülern Auskünfte einzuholen.

Der Republikanische Club Hameln, dessen Mitglieder hauptsächlich an einer Flugblattaktion während der NPD-Veranstaltung beteiligt waren, erklärte zu dem "harmonischen Verhältnis zwischen NPD-Schlägern und der hiesigen Polizei": "Ein Ende dieser Nachstellungen und der ein bedrohliches Maß annehmenden Bespitzelungen ist noch nicht abzusehen."

Diese Äußerung des RC bestätigte sich schon am Montag dieser Woche: Zwei der (im übrigen unverletzten) NPD-Schläger stellten gegen den Autofahrer Strafantrag wegen versuchten Totschlags, weil er bei seiner Hilfeleistung den PKW auf dem Bürgersteig geparkt hatte. Der Autofahrer, der von dieser Anzeige gehört hatte, wollte sich Montagmorgen bei der Polizei erkundigen. Er wurde im Präsidium um 8.30 Uhr festgenommen, ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert und erst nach energischen Protesten nachmittags 16.30 Uhr entlassen.

FRANKFURT: GEGENMESSE DER LINKEN VERLAGE

Gleichzeitig mit der offiziellen Herbstmesse des westdeutschen Buchhandels in Frankfurt wird am 19. September, 10 Uhr, im Studentenhaus an der Frankfurter Jügelstraße 1 eine "Gegenmesse" der engagiert-linken Verlage der Bundesrepublik und Westberlins eröffnet. Initiator ist die Westberliner ca ira-Presse. Nach letzten Informationen werden auf der Gegenmesse rund 70 Verlage ausstellen oder von befreundeten Verlagen ihre Produkte zeigen lassen. Auch die EXTRA-Dienst GmbH ist auf der Gegenmesse vertreten.

BUNDESWEHR: ENTLASSUNG VON NATO-FEINDEN

Der Wehrdienstpflichtige Walter Listl, ein Mitglied der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, wurde nach 8 Monaten Dienstzeit aus der Bundeswehr entlassen, weil "nach dem bisherigen Verhalten durch sein Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung oder die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährdet" worden wäre. Wie EXTRA-Dienst berichtete, hatte Listl ein Flugblatt verfaßt, das zur Befehlsverweigerung im Falle eines inneren Notstandes aufrief ("Soldaten: schießt nicht auf Arbeiter und Studenten"). Listl nahm außerdem in Uniform am Gründungskongreß der SDAJ teil. Der Kommandeur seiner Einheit in Oberviechtach nannte Listl "ein kleines Rädchen im großen Plan der Kommunisten". Besonders gefährlich hielt der Kommandeur des Panzergrenadierbataillons Listl deshalb, weil er sich kritisch gegenüber der Kulturrevolution in Volkschina äußerte - "Listl ist ein Moskauhöriger". Listl wurde zuerst zu 16 Tagen Arrest verurteilt. In seiner Einheit häuften sich unter den Soldaten die Sympathiebezeugungen, so daß er schließlich aus Bayern nach Hemer in Westfalen versetzt wurde. Nach der Verbüßung seiner Haft wurde Listl vorübergehend aus dem aktiven Truppendienst gezogen und zu einer Versorgungseinheit nach Cham an der CSSR-Grenze versetzt. Dort wurde er jetzt aus der Bundeswehr entlassen. Sein letzter Kommandeur: "Wir werden uns in Zukunft nicht gegen Leute wie Listl schützen können, sondern sie rauswerfen müssen - und am Ende sind wir dann die Verlierer."

KRIEGSOPFERTREFFEN: PAZIFISTISCHE GÄSTE VERPRÜGELT

Zum 3. bayerischen Landeskriegsopfertreffen hatte der Veranstalter VdK (Verband der Kriegsbeschädigten) auch die Deutsche Friedensgesellschaft und die Internationale der Kriegsdienstgegner, beides Verbände der Außerparlamentarischen Opposition, eingeladen. Die Pazifisten demonstrierten auf Flugblättern und Transparenten für die Erhöhung der Kriegsopferrenten, aber auch gegen den "politischen Mißbrauch der Kriegsopfer" für eine anachronistische Militärpolitik (Bundeswehrkapellen, Zapfenstreich, Anwesenheit hoher Militärs). Die Gäste des VdK wurden daraufhin von Mitgliedern des VdK mit Bierflaschen beworfen und mit Spazierstöcken und Regenschirmen verprügelt. Über Lautsprecher wurde von der Versammlungsleitung die Pogromstimmung kräftig mit dem Zitat angeheizt: "Hier findet ein Prozeß der Selbstreinigung statt". Die Polizei nahm die Mitglieder der pazifistischen Vereinigungen schließlich in Schutzhaft; mehrere von ihnen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

KAMPAGNE: STELLUNGNAHME ZUR CSSR UND ZUR BUNDESTAGSWAHL

Am vergangenen Wochenende fand in Offenbach eine Sitzung des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Demokratie und Abrüstung statt. Der Ausschuß verabschiedete eine Stellungnahme zur Intervention der fünf Warschauer Pakt-Mächte in der CSSR mit 19 Stimmen gegen 9 Nein und 9 Enthaltungen. In der Entschließung wird das Verhalten der UdSSR und der anderen vier Mächte verurteilt. - Die Unterzeichner eines Offenen Briefes von führenden Mitgliedern der Kampagne an die Kommunisten der Bundesrepublik erklärten, daß aus dem Brief nicht die Verweigerung einer grundsätzlichen Zusammenarbeit mit Kommunisten herausgelesen werden könne; man habe aber von den Kommunisten die grundsätzliche Bereitschaft gefordert, auch sowjetische Maßnahmen zu kritisieren. - Die Kampagne beschloß weiter, sich nicht an der Bundestagswahl 1969 in Form einer Wahlbewerbergruppe oder in Form eines Beitritts zu einem Wahlbündnis zu beteiligen. Dies vor allem deshalb, um den in der Kampagne mitarbeitenden Mitglieder der SPD und der FDP die weitere Zusammenarbeit mit der Kampagne nicht unmöglich zu machen.

NEUBAUER: ANGST VOR "UNTERWANDERUNG"

In einem Schreiben an alle Dienststellen der Westberliner Verwaltung beklagt Bürgermeister und Innensenator Neubauer, daß in einigen Bereichen die Meldepflicht für Reisen in Staaten des sozialistischen Lagers sowie über Kontakte dorthin offensichtlich nicht mehr mit der gebührenden Sorgfalt beachtet werde. Neubauer, offenbar in Angst vor

kommunistischer Unterwanderung, fordert zur strikten Beachtung der entsprechenden Vorschriften auf und weist daraufhin, daß die Meldungen zur Unterrichtung der "zuständigen Stellen" (gemeint ist offenbar das Landesamt für Verfassungsschutz) "dringend erforderlich" sind.

MATTICK: SCHWIERIGKEITEN MIT DEM VERFASSUNGSSCHUTZ

In der SPD des Westberliner Bezirks Wilmersdorf wurde vor einigen Tagen eine private Ausarbeitung von Rechtsanwalt Mahler in Umlauf gesetzt, die sich mit Taktik und Strategie der Außerparlamentarischen Opposition hinsichtlich der SPD befaßt. In einer Parteiversammlung im Rathaus Wilmersdorf äußerten sich jetzt oppositionelle SPD-Mitglieder besorgt über die Tatsache, daß sich die SPD-Führung offenbar Materialien des Verfassungsschutzes bedient, um mit der innerparteilichen Opposition fertig zu werden. Die Mahler-Ausarbeitung wird von der Führung der SPD nämlich dazu benutzt, linke Sozialdemokraten des "Parteiverrats" zu bezichtigen, wenn sie mit der APO zusammenarbeiten, da im Mahler-Papier als langfristige Strategie der APO die Aushöhlung des SPD-Apparats vorgeschlagen wird. Befragt, wie die SPD-Funktionäre zu dem Papier kamen, antworteten alle, jeder hätte sein Exemplar "von einem Mitglied der APO bekommen". Erklärungen dieser Art fanden keinen Glauben. Dazu der langjährige SPD-Vorsitzende Westberlins, Kurt Mattick: "Viele Genossen haben ja gar keine Ahnung, wie pingelig sich der Verfassungsschutz anstellt, wenn die SPD von ihm Material haben will."

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 18. September, 20 Uhr: Manfred Bissinger zum Thema "Revolution oder Konterrevolution in der CSSR?" Der Sternredakteur kehrte soeben aus Prag zurück.

FREITAG, 20. September, 20 Uhr: In der "Clubdiskussion" wird über die Montag dieser Woche zu Ende gegangene Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt Bericht erstattet.

HINWEISE DER REDAKTION

MONTAG, 23. September, 20 Uhr, sprechen Mirjam Treitel und Wilfried Norden im Reichskabarett Texte von Baudelaire, Huxley und Ginsberg. Die Lesung findet im Rahmen des "theater 57" statt.

SONNABEND, 21. September, 17.30 Uhr, wird in den Räumen des DSF-Clubs (Kurfürstendamm 72) die Majakowski-Galerie eröffnet. Nach der Eröffnung der Fotoausstellung wird um 18.15 Uhr der Film "Das Schwitzbad" nach Majakowski gezeigt; um 19.30 Uhr spricht Prof. Herzfelde, Akademie der Künste Ostberlin, über seine Begegnungen mit Majakowski.

NOCH EINE GERINGE ANZAHL Broschüren "Die Wahrheit über Kurt-Georg Kiesinger" ist beim Auslieferungsbüro des JAK, Telefon 24 44 72, vorrätig. Jetzt können dort auch wieder Fotokopien der in der Broschüre erwähnten Dokumente bezogen werden.

DIE FREUNDE DER KINEMATHEK zeigen am Freitag, 20. September, 23 Uhr, im "Bellevue" am Hansaplatz den französischen Film "Tih Minh" (1918), der sich mit dem Vampirismus beschäftigt. Der Streifen läuft fünf Stunden. Die Aufführung wird Sonnabend morgen 5.00 Uhr beendet sein.

EXTRA-AUSLESE

EIN LINKSLIBERALER BEKENNT SICH - Jürgen Bernd Runge zur Hochschulpolitik
Von Hannes Schwenger

"Es fehlt der Mut zur politischen Führung, die notwendige Maßnahmen durchführt, selbst wenn die Wählerschaft dafür noch wenig Verständnis aufbringt. Beispielhaft für mutige Führung war Adenauers Kampf um den deutschen Wehrbeitrag... Dieser Führungswille wird heute bei den Studenten vermißt." Solche Sätze sind das politische Glaubensbekenntnis eines Mannes, der im kommenden Semester in Westberlin mit einer "linksliberalen Hochschulgruppe" aufwarten will: Jürgen Bernd Runge, ehemals Vorsitzender des RCDS und Mitglied der CDU Westberlins. Der Mann, der als RCDS-Chef Axel Springer um Fi-

nanzhilfe für seinen Hochschulwahlkampf anging, läßt jetzt wissen, ihm sei "sowohl von der FDP als auch von der SPD materielle Unterstützung angeboten worden" (Tagesspiegel, 10.7.68). Dieser erstaunliche Werdegang eines Linksliberalen legt die Frage nach dem Inhalt des Linksliberalismus Rungescher Prägung nahe.

Eine Antwort auf diese Frage kann glücklicherweise das Buch "Die herausgeforderte Demokratie" geben, das Runge in diesem Jahr zusammen mit zwei Freunden verfaßte. Der Untertitel "Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution" zeigt die Richtung an. Auch für Jürgen Bernd Runge ist die Universität veränderungsbedürftig. Er kritisiert, daß die politisch Verantwortlichen "den Ausbildungsgang des jungen Menschen unter den Veränderungen der Gegenwart nicht genügend rationalisiert haben." Und: "Das ernsthafte Ringen um die Zukunft der Nation fehlt." So wird klar: "Was die studentische Öffentlichkeit aktuell braucht, ist der kompetente Widerspruch der älteren Generation." Denn: "Den Extremisten in der Studentenschaft muß entschieden widersprochen werden."

Freilich, mit solchem Widerspruch hat man es heutzutage nicht leicht. Schlechte Erfahrungen des RCDS-Vorsitzenden finden ihren Niederschlag, wenn Runge über studentische Diskussionen klagt: "Die psychologische Situation in einer eng auf dem Boden zusammensitzenden mehrtausendköpfigen Menge mit ihren aufgeputzten Emotionalreaktionen erschwert es Andersdenkenden außerordentlich, sich in der permanenten Diskussion zu äußern, zumal systematisches Dauerklatschen, Pfeifen, Buhen, Johlen oft dazu benutzt werden, den Redner nicht zu Wort kommen zu lassen oder zu unterbrechen, was einem Meinungsterror gegenüber Minderheiten ähnlich kommt." Leichter hat es da natürlich ein Dutschke mit "seiner mitreißenden Eloquenz und Demagogie". Er und seine Freunde betreiben "eine gezielte Agitation von geschulten Leuten". Selbstverständlich ist hier "von Rationalität und Wissenschaftlichkeit der SDS-Studenten nichts zu spüren." Im Gegenteil: "Mit der Durchsetzung des Dutschke-Flügels innerhalb des SDS hat der SDS an sozialistischer, theoretisch-intellektueller Substanz verloren." Der Beweis "zeigt sich vor allem an der völlig unwissenschaftlichen und kenntnislosen Argumentation zur Pressekonzentration, gilt aber auch für die kritiklose Übernahme und Propagierung der unsinnigsten und falschesten Behauptungen über den Schah und die Zustände in Persien."

Runge und seine Mitautoren unterrichten uns auch über die wahren Beweggründe der studentischen Führer: Er hegt den Verdacht, "viele von ihnen seien eher aus Verlegenheit an der Universität geblieben, weil sie keine andere ihnen gemäße Aufgabe gefunden haben. Vielleicht schaffen sie sich ihre Aufgaben und Funktionen selbst in einer Gesellschaft, die ihnen keine bietet. Sie müssen sich ihre Elitelfunktionen selbst definieren. Sie tun das, indem sie der Gesellschaft die Revolution verordnen und sich als deren Träger einsetzen."

Das können sie, weil die Arbeiterschaft als Träger des Revolutionären Sozialismus längst tot ist. "Alle Versuche, die als revolutionäres Subjekt schon lange verlorene Arbeiterschaft wieder ins Leben zu rufen, wirken rührend und entbehren nicht einer gewissen Tragik. Denn so bleibt wirklich nur noch der Versuch einer Minderheit, der Mehrheit ein Gesellschaftssystem gewaltsam aufzuzwingen, das es nicht will - oder zu resignieren... Die soziale Frage und die wirtschaftliche Verantwortung des Staates sind zwei Forderungen gewesen, die seit Beginn unseres Jahrhunderts weitgehend gelöst wurden. Reformen bringen den Fortschritt in der Demokratie, Revolutionen führen zu ihrem Zusammenbruch." Es ist klar: "Die Antwort unserer Demokratie auf den Ruf nach Revolution muß die Reform, die Revolution in verträglicher Dosis sein."

Hierfür hält Runge mit seinen Freunden einige Rezepte bereit. Vor allem "bietet sich die Mitarbeit in gemäßigten politischen Hochschulgruppen und Parteien an." Denn "mehr als Straßendemonstrationen und direkte Aktionen werden wissenschaftliche Analysen und Handreichungen für die Politiker gesellschaftliche Veränderungen bewirken."

Zuguterletzt fällt auch noch ein freundlicher linksliberaler Tip für Rektor und Polizei ab, die "deutlicher im Sinne eines demokratisch relativierten Ordnungsideals" handeln sollen: "Der Student, der Vorlesungen durch Zwischenrufe, Lärminstrumente usw. systematisch stört, muß disziplinarrechtlich belangt werden. Wer die City von Großstädten zum Dauerprotest benutzt, kann sich nicht auf ein Recht dazu berufen." Angesichts solcher konkreten Beiträge zur Hochschulpolitik kann Runge dann konstatieren: "Der SDS hat von den konkreten politischen Problemen abgelenkt."

HOCHSCHULREFORM: PROGRAMMENTWURF FÜR DIE HUMBOLDT-UNIVERSITÄT

"In breiter demokratischer Diskussion" - so das Organ der SED-Kreisleitung an der Ostberliner Humboldt-Universität - entstand in den letzten Wochen ein Programmentwurf "zur weiteren Durchführung der 3. Hochschulreform bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR". Der Entwurf wird auf elf Zeitungsseiten ausgebreitet. In der Bundesrepublik und in Westberlin ist er bisher auch auszugsweise nicht bekannt geworden. EXTRA-Dienst dokumentiert daher wesentliche Auszüge aus dem Entwurf, der jetzt in den Organen der Universität weiter diskutiert werden soll. Unsere Auszüge befassen sich vor allem mit der Forschung an der Universität, mit der Auflösung der Fakultäten beziehungsweise ihrer Neugliederung in Sektionen und der Einrichtung und Wirkungsweise des Gesellschaftlichen Rates. In einer unserer nächsten Ausgaben wird ein Kollektiv von Hochschulreform-Spezialisten aus Westberlin den Entwurf analysieren. Der gesamte Text des Programmentwurfs erschien in der Zeitung "Humboldt-Universität" vom 2. September, 108 Berlin (DDR), Unter den Linden 6.

1 Die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung sowie die Entwicklung der Forschung sind darauf zu orientieren, entsprechend den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Höchststandes in der Welt auszubilden, wissenschaftliche Pionierleistungen von Weltniveau auf den strukturbestimmenden Gebieten hervorzubringen und durch die rasche technologische Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse beizutragen, daß die Wissenschaft als Produktivkraft stärker wirksam wird. Das erfordert vor allem die sozialistische Gesellschaftsprognose der DDR, die Prognosen von Wissenschaft und Technik der strukturbestimmenden Gebiete zum Ausgangspunkt für die Gestaltung von Lehre, Weiterbildung, Forschung, Wissenschaftspropaganda, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit zu nehmen.

2 Die vorhandenen vielfältigen Verbindungen unserer Universität und ihrer Sektionen mit der sozialistischen Praxis, mit den Betrieben und VVB sowie mit deren wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen sind entsprechend den Erfordernissen des ökonomischen Systems des Sozialismus weiterzuentwickeln. Es sind Bedingungen zu schaffen, die den bestimmenden Einfluß der sozialistischen Praxis auf die Aus- und Weiterbildung auf die inhaltliche Gestaltung der Lehrprogramme und auf die Forschungstätigkeit unserer Universität und ihrer Sektionen vertiefen.

3 Planung und Leitung unserer Universität und aller ihrer Einrichtungen sind weiterzuentwickeln. Die sozialistische Demokratie als eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung und Forschung den wachsenden Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft gerecht werden, ist systematisch zu entfalten. Dazu gehört als integrierender Bestandteil auch die Entwicklung eines vielgestaltigen kulturvollen Lebens bei der Ausbildung und Erziehung der Studenten und im Arbeitsprozeß der Mitarbeiter der Universität.

4 Die Grundsätze des ökonomischen Systems des Sozialismus sind sinngemäß auf die Planung und Leitung der Universität anzuwenden. Die Leistungen der Universität und ihrer Einrichtungen sind soweit wie möglich nach ökonomischen Kriterien zu bewerten und die leistungsabhängige Planung und Finanzierung ist schrittweise einzuführen.

5 Die internationalen Wissenschaftsbeziehungen, insbesondere mit der Wissenschaft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sind zu vertiefen. Das System der Freundschaftsverträge mit den sozialistischen Partneruniversitäten ist in Übereinstimmung mit den Kulturabkommen der DDR zu internationalen sozialistischen Koopera-

tionsbeziehungen mit den wissenschaftlichen Partnern aus den Bruderländern auszubauen.

Für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben bis zum 20. Jahrestag der DDR sind in den zurückliegenden Monaten wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden. Die Ein-

führung des Phasenstudiums wurde vorbereitet. Neue Lehr- und Erziehungsprogramme wurden ausgearbeitet und werden mit Beginn des Studienjahres 1968/69 eingeführt. Die Kooperationsbeziehungen mit der sozialistischen Praxis wurden wesentlich ausgebaut und vertieft. An der Universität selbst wurden bisherige Organisationsstrukturen und Leitungsmechanismen durch neue und wirksamere ersetzt. Aus bisher sieben Fakultäten mit 169 Instituten und zwei dem Rektor direkt unterstellten Großinstituten sowie der Abteilung Körperkultur und Sport gingen 23 Sektionen hervor. Es sind dies: die

Sektion Marxismus-Leninismus;
Sektion ökonomische Kybernetik und Operationsforschung;
Sektion Fremdsprachen;
Sektion Sportwissenschaften;
Sektion Mathematik;
Sektion Physik;
Sektion Chemie;
Sektion Biologie;
Sektion Geographie;
Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin;
Sektion Nahrungsgüterwirtschaft und Lebensmitteltechnologie;
Sektion Gartenbau;
Sektion Pflanzenproduktion mit Bewässerung;
Sektion Psychologie;
Sektion Philosophie;
Sektion Geschichte;
Sektion Rechtswissenschaft und Kriminalistik;
Sektion Wirtschaftswissenschaften;
Sektion Pädagogik;
Sektion Pädagogische Rehabilitation und Kommunikationswissenschaft;
Sektion Philologien/Germanistik;
Sektion Kunstwissenschaft und Kunsterziehung;
Sektion Asien-, Afrikawissenschaften.

Das Gesamtbild der Universität wird vervollständigt durch die Weiterentwicklung der bedeutenden Medizinischen Fakultät, durch die Theologische Fakultät sowie durch das Wirken des Zentrums Naturwissenschaftlicher Sammlungen; des Rechenzentrums der Universität, des Audiovisuellen Zentrums und der Universitätsbibliothek.

III. Hochschulforschung und Entfaltung der Kooperationsbeziehungen mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftspraxis

Im Zeitraum bis zum 20. Jahrestag der DDR werden die Leitung und die Sektionen der Humboldt-Universität, die in ihnen tätigen Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellten und Studenten große Anstrengungen zur Erhöhung der Effektivität der Hochschulforschung unternehmen und dabei enge und fruchtbare Kooperationsbeziehungen mit der Praxis, insbesondere mit den Betrieben strukturbestimmender Volkswirtschaftszweige eingehen.

Hierbei kommt es vordringlich auf die Verwirklichung folgender Aufgaben an:

1 Die Hochschulforschung ist inhaltlich so zu gestalten, daß sie fest in den Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus integriert wird, daß sie zur allseitigen Stärkung der DDR beiträgt, daß sie im Kampf gegen die aggressiven Tendenzen des Imperialismus wirksam wird und überzeugende Waffe gegen den modernen Revisionismus ist und daß sie nicht zuletzt zur Festigung des sozialistischen und proletarischen Internationalismus, insbesondere der Freundschaft mit der Sowjetunion dient. Dies ist durch eine straffe perspektivische und Jahresforschungsplanung zu erreichen, die sich an den Prognosen der Gesellschaftsentwicklung, insbesondere der strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft und damit an den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft, sowie den wachsenden Aufgaben der Ausbildung und Erziehung sozialistischer Hochschulkader orientiert.

2 Bei der Durchführung der Hochschulforschung ist ein planmäßiger, den Bedingungen einer modernen Wissenschaftsorganisation entsprechender optimaler Einsatz der Kräfte zu garantieren.

Dies ist insbesondere durch Ausschöpfung aller vorhandenen Reserven mittels Arbeitszeitfondsanalysen und Arbeitszeitbilanzierung, durch Vermeidung von zeitvergeudender Doppelarbeit und unfruchtbarem Nebeneinander auf dem Wege der Abstimmung der verschiedenen Forschungsvorhaben an der Universität und mit Einrichtungen außerhalb der Universität, durch Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit innerhalb der Sektionen, zwischen den Sektionen, zwischen der Universität und anderen Wissenschaftseinrichtungen der Hauptstadt, insbesondere mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften des Zentralkomitees der SED und den Institutionen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie anderen Wissenschaftseinrichtungen der Republik zu erreichen. Besonderes Gewicht ist auf die Entwicklung moderner Forschungsmethoden, insbesondere die Einführung der Datenverarbeitung in allen Zweigen der Hochschulforschung sowie auf die Ermittlung des Welthöchststandes, vor allem aber auf die Ausschöpfung der Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft und die Zusammenarbeit mit ihr zu legen.

3 Der Prozeß der Konzentration der Forschungskapazität auf wenige Hauptthemen ist voranzutreiben, um dadurch den notwendigen wissenschaftlichen Vorlauf für die Entwicklung in strukturbestimmenden Bereichen der Gesellschaft und die Erreichung des Welthöchststandes auf wichtigen Schwerpunktbereichen besser zu garantieren.

Dies ist nach gründlicher Analyse der Zahl der bislang bearbeiteten Themen und ihres inneren Zusammenhanges, durch Angleichung der verschiedenen Forschungsrichtungen auf die beschlossenen Hauptthematika, durch zielstrebigem Einsatz freier Kapazitäten auf die Schwerpunkthemen und gegebenenfalls durch Beendigung der Arbeit an nicht schwerpunktgebundenen Themen zu realisieren. Durch kluge Bilanzierung des Kräfteeinsatzes ist schrittweise darauf hinzuwirken, daß im Durchschnitt 30 bis 40 Prozent des Arbeitszeitfonds der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hochschulforschung zur Verfügung stehen.

4 Ferner ist ein den jeweiligen Erfordernissen entsprechendes optimales Verhältnis zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung herzustellen, das einerseits zur Gewinnung prognostischer Erkenntnisse für die Gesellschaftsentwicklung im jeweiligen Bereich und andererseits der raschen Überführung von Forschungsergebnissen in die Praxis und der Steigerung des Niveaus in Ausbildung und Erziehung sowie der Weiterbildung dient.

Dies ist nach gründlicher Analyse des bestehenden Zustandes und den Bedürfnissen der Gesellschaftsentwicklung in Abstimmung mit den forschungsleitenden Institutionen und den Kooperationspartnern der Praxis sowie auf Grund der Analyse der Bedürfnisse auf dem Gebiet von Ausbildung und Erziehung sowie der Weiterbildung in jeder Sektion besonders festzulegen, wobei es insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen auch auf die Erarbeitung von Kriterien für die Differenzierung in der Grundlagen- und angewandten Forschung ankommen wird.

5 Im Zuge der Entwicklung des wissenschaftlich-produktiven Studiums sind die Studenten in größerem Ausmaße intensiver, planmäßiger und produktiver als bisher in die Hochschulforschung so einzubeziehen, daß im Ergebnis dessen sowohl hochqualitative Forschungsergebnisse erzielt werden als auch spürbare Veränderungen in Richtung auf die Entwicklung eines schöpferischen Studiums eintreten.

6 Im Prozeß der Neugestaltung der Hochschulforschung und der Erhöhung ihrer Effektivität sind ökonomische und andere, die Leistungen der Hochschullehrer, des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Studenten, Arbeiter und Angestellten fördernde und steigernde Kriterien zu finden, zu erarbeiten und einzuführen. Dies ist einerseits durch quantitativen und qualitativen Ausbau der Vertragsforschung und andere Maßnahmen zur Ökonomisierung der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Ökonomie der Zeit und des den Besonderheiten der Bereiche entsprechenden differenzierten Einsatzes ökonomischer Stimuli und andererseits durch ideelle Anerkennung von Forschungsleistungen, insbesondere der Studenten als Studienleistungen, die auf Examina, Zwischenprüfungen oder andere Bewertungsformen spürbaren Einfluß haben, anzustreben. Hierbei sind alle Formen des sozialistischen Wettbewerbs und Leistungsvergleichs, insbesondere auch die des Studentenwettstreits, die IV. Berliner Studententage, die „Messe der Meister von Morgen“ und die Vorbereitung der „III. Zentralen Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler“ in Rostock zu nutzen.

In diesem Sinne ist die Humboldt-Universität auf dem Gebiet der Grundlagen- und angewandten Forschung zu einem komplexen Zentrum praxisnaher und praxisverbundener, hochproduktiver und effektiver natur- und gesellschaftswissenschaftlicher sowie medizinischer Hochschulforschung weiterzuentwickeln. Die in der zurückliegenden Etappe der Hochschulreform in allen Sektionen geschaffenen Ansätze und Fortschritte sind zielstrebig auszubauen. Die Leitungen der Sektionen, die hierfür die volle Verantwortung tragen, werden aufgefordert, über die in den Gründungsdokumenten der Sektionen genannten Zielsetzungen hinaus sich konkrete Ziele zu stellen, die bis zum 20. Jahrestag erreicht werden sollen und abrechenbar sind. In der Universitätsleitung sind unter Federführung des Prorektors für Prognose und Wissenschaftsentwicklung vom Direktorat für Forschung Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Prinzipien der Hochschulforschung im Gesamtbereich der Universität bis zum 15. November 1968 zu erarbeiten und im Gesellschaftlichen und Wissenschaftlichen Rat der Universität zu verteidigen.

Die hohen Aufgaben, die Partei und Regierung der Humboldt-Universität in Ausbildung und Erziehung, in Forschung und Wissenschaftspropaganda, in Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit gestellt haben und die die Angehörigen der Humboldt-Universität mit allen Kräften zu erfüllen trachten, verlangen zunächst und vor allem, daß die Humboldt-Universität, ihre Sektionen und Fakultäten entsprechend dem Beschluß des Staatsrates über die weiteren Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus die bereits bestehenden vielfältigen Verbindungen unserer Universität mit den Wirtschaftsorganen und Betrieben der sozialistischen Praxis, mit dem staatlichen Gesundheitswesen, mit den Einrichtungen der Volksbildung und Kultur und mit den Organen der sozialistischen Rechtspflege, vornehm-

lich aber mit den leitenden Organen der Hauptstadt unserer sozialistischen Republik und der auf ihrem Territorium gelegenen Betriebe und Einrichtungen so weiterentwickeln, daß die Humboldt-Universität ein Höchstmaß an Leistungen für die Praxis erbringt und die Praxis ein Optimum an Hilfe für die Hebung des Niveaus und Erhöhung der Effektivität der Arbeit der Universität leistet. Hierbei kommt es vorrangig auf die Erfüllung folgender Aufgaben an:

1 Zwischen der Universität und ihren Hauptkooperationspartnern der Praxis und der Wissenschaft sind langfristig gültige Kooperationsvereinbarungen zu schließen, die ein optimales Zusammenwirken in Ausbildung und Erziehung, Weiterbildung, Forschung, Wissenschaftspropaganda, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit zwischen den Vertragspartnern garantieren und insbesondere den Einfluß der sozialistischen Staats- und Gesellschaftspraxis auf die Planung und Durchführung der Arbeit der Universität, ihrer Sektionen, Fakultäten und anderen Institutionen voll zur Geltung bringen. Diese Kooperationsvereinbarungen bilden die Richtschnur für konkrete Wirtschaftsverträge und andere Vereinbarungen der Sektionen. Der Vertrag zwischen dem Magistrat von Groß-Berlin und der Humboldt-Universität, dem der Vertrag mit der URANIA gefolgt ist, hat auf diesem Wege beispielhaft gewirkt und ist in seinem Inhalt und seiner Zielstellung Modell auch des angestrebten Kooperationsvertrages mit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie weiterer grundlegender Kooperationsvereinbarungen mit anderen leitenden Organen der Staats- und Gesellschaftspraxis.

2 Zwischen allen Sektionen und den von ihren spezifischen Aufgaben her bestimmten Hauptkooperationspartnern sind über die Leitung der Universität enge Vertragsbeziehungen herzustellen. Da die Kooperationspartner zugleich auch jene Bereiche repräsentieren, in denen die künftigen Absolventen der Sektion tätig sein werden und die die Ergebnisse der Hochschulforschung nutzen sollen, ist auf präzise und verbindliche wechselseitige Leistungen, möglichst auf Wirtschaftsverträge, gesteigerter Wert zu legen.

3 Die Kooperationsvereinbarungen und Wirtschaftsverträge sind vornehmlich auch mit sozialistischen Betrieben direkt abzuschließen, um im direkten Wechselverhältnis zwischen den sozialistischen Betrieben und der Universität, ihren Sektionen, Fakultäten und Einrichtungen die Wirksamkeit der Universität in der Praxis und den Einfluß der Praxis auf die Arbeit der Institutionen der Universität zu erhöhen. Dadurch werden Verluste, die durch einen zu langen Weg zwischen Universität und unmittelbarer sozialistischer Betriebspraxis entstehen können, vermieden.

4 In Verwirklichung bereits bestehender oder noch anzustrebender Kooperationsvereinbarungen bzw. Wirtschaftsverträge ist durch schwerpunktorientierte Arbeit der Universitätsleitung insbesondere für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Schwerpunktsektionen mit strukturbestimmenden Betrieben und VVB der Hauptstadt hauptsächlich

dem VEB TRO Berlin
dem KWO Berlin
dem VEB EAW Treptow und
der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik
Sorge zu tragen.

Zur Sicherung des Aufbaus einer künftigen Sektion Elektronik und zur rechtzeitigen Entwicklung der in der Universität hierfür bereits bestehenden Voraussetzungen wird sie den Aufbau enger Beziehungen zur Berliner elektronischen Industrie rasch in Angriff nehmen.

Bei der Verbindung mit zentralen Institutionen konzentriert sich die Universität auf die Kooperationsbeziehungen mit dem Magistrat der Hauptstadt Berlin der Deutschen Akademie der Wissenschaften dem Ministerium für Elektronik dem Ministerium für Volksbildung dem Ministerium für Gesundheitswesen

5 Den sozialistischen Betrieben der Hauptstadt ist auch außerhalb vertraglicher Vereinbarungen bei der Forschungs- und Entwicklungsarbeit, sowie der rationellen Gestaltung der Produktions- und Betriebsorganisation dadurch

Hilfe zu leisten, daß wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden.

6 Ferner ist ein fruchtbares und kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Angehörigen der Universität, insbesondere den Studenten, und der sozialistischen Praxis, vornehmlich den Arbeitern der Betriebe, herzustellen, um die Praxisbeziehungen optimal für die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten zu nutzen, vor allem und in erster Linie zur Herausbildung des sozialistischen Klassenstandpunktes der Studenten, aber auch zur Entwicklung der Fähigkeit der Lehrenden und Studierenden, die gewonnene wissenschaftliche Erkenntnis rasch und kühn in die Lebenspraxis umzusetzen und ihren Wert für die sozialistische Gesellschaftsentwicklung zu erproben.

VI. Entfaltung der sozialistischen Demokratie und Einführung neuer wissenschaftlicher Leitungsmethoden

Die der Humboldt-Universität gestellten Aufgaben erforderten mit Notwendigkeit eine grundlegende Veränderung ihrer inneren Struktur und der Leitung der wissenschaftlichen Prozesse, die zugleich eine höhere Stufe der Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Geiste und auf der Grundlage der neuen sozialistischen Verfassung der DDR darstellen. Grundzüge dieser Veränderung sind:

- die stärkere Integration der Universität mit ihren 23 Sektionen, 2 Fakultäten und den weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen in die gesellschaftliche Entwicklung,
- die Organisation des Integrationsprozesses und die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit innerhalb der Universität,
- die Einbeziehung aller Kräfte der Universität in die Leitung der Prozesse durch Schaffung weitgehender Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitverantwortung aller Universitätsangehörigen,
- die Verstärkung der prognostischen Arbeit, die Verbesserung des Informationssystems über den Stand der Weltspitze und die Anwendung moderner Methoden der wissenschaftlichen Führungstätigkeit, wie ökonomische Kybernetik, elektronische Datenverarbeitung und Operationsforschung.

In beständigem Ringen um die vollkommene Durchsetzung dieser Grundzüge ist die neuentstandene Struktur und Leitung der Universität mit ihrer auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus entwickelten inneren Systemregelung als Instrument zur Erzielung hoher wissenschaftlicher Leistungen in Ausbildung und Erziehung, Forschung und Wissenschaftspropaganda, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Hierbei kommt es insbesondere auf die Erfüllung folgender Aufgaben an:

1 Die Sektion ist als die für die Erfüllung der Aufgaben in Ausbildung und Erziehung, Weiterbildung, Forschung und Gestaltung der Praxisverbindungen grundlegende wissenschaftliche Organisationsform an der Universität zu entwickeln.

Die mit ihrer Schaffung gegebenen Möglichkeiten, die Leitungsstruktur an der Universität wie innerhalb der Sektion selbst zu vereinfachen, sind voll zu nutzen. Das Verhältnis der Sektionen zu der Universitätsleitung ist bei Einhaltung einer straffen zentralen Leitung in Grundsatzfragen der Wissenschaftsentwicklung, der Bildungsökonomie und der Ausbildung und Erziehung von sozialistischen Persönlichkeiten mit hohem fachlichem Niveau so zu gestalten, daß sie ein hohes Maß an Eigenverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben tragen und auf der Basis der bestätigten Perspektiv- und Jahrespläne das Leben an den Sektionen eigenschöpferisch selbständig bestimmen können. Dabei ist darauf zu achten, daß das System der Sektionen gegenüber den Wandlungen im System der Wissenschaften und seinen Entwicklungs-

tendenzen in taktischem wie strategischem Sinne variabel bleibt und die Sektionen sich selbst eine innere Struktur und Gliederung geben sowie Leitungsformen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, rasch und niveauvoll ihre Aufgaben zu erfüllen und neuen Aufgaben gegenüber anpassungsfähig zu bleiben.

2 Die Formen der demokratischen Mitwirkung aller Universitätsangehörigen an der Leitung der wissenschaftlichen Prozesse sind wirkungsvoll zu nutzen.

Das Konzil als Vertretungskonferenz von Wissenschaftlern, Studenten, Arbeitern und Angestellten aus allen Bereichen der Universität ist zu einem Organ zu entwickeln, vor dem die Aufgaben des Staatsplanes begründet und ihre schöpferische Verwirklichung beraten werden und das die Rechenschaftslegung des Rektors entgegennimmt. Das Konzil ist zugleich das Gremium, das die Wahl des Rektors vornimmt. In den Sektionen sind diese Aufgaben durch die Vollversammlung aller Angehörigen der Sektion, zu denen die Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten gehören, wahrzunehmen.

Der Gesellschaftliche Rat der Universität ist zu einem Organ zu entwickeln, das durch seine beratende und kontrollierende Tätigkeit in Verwirklichung gesamtgesellschaftlicher Interessen Einfluß auf die Lösung von Schwerpunktaufgaben der Universität nimmt. Durch den gesellschaftlichen Rat, der sich aus führenden Mitgliedern und Schrittmachern der wichtigsten Kooperationspartner, Vertretern staatlicher und gesellschaftlicher Leitungsorgane und Angehörigen der Universität und Vertretern der Massenorganisationen zusammensetzt, soll insbesondere der Einfluß der sozialistischen Staats- und Gesellschaftspraxis auf die Universität zur Geltung gebracht werden.

Der Wissenschaftliche Rat der Universität als beratendes Organ des Rektors ist zu einem Gremium zu entwickeln, in dem die Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellten und Studenten der Universität an der Ausarbeitung der eigenen strategischen Linie der Humboldt-Universität in grundsätzlichen Fragen der wissenschaftlichen Arbeit und an der Steuerung der Integrationsprozesse an der Universität verantwortlich teilnehmen. Dem Wissenschaftlichen Rat der Universität gehören hervorragende, vom Konzil gewählte Wissenschaftler der einzelnen Integrationsbereiche, Vertreter der Studenten und der Massenorganisationen an.

Die Räte der Sektionen sind als Organe zu entwickeln, die beratend und kontrollierend in grundsätzlichen Fragen der Gestaltung der Kooperationsbeziehung mit der gesellschaftlichen Praxis und zwischen den Sektionen, der Planung und Durchführung der Aufgaben in Ausbildung und Erziehung, Weiterbildung, Forschung, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit tätig werden. Ihnen gehören Vertreter der Wissenschaftler, der Studenten, der Arbeiter und Angestellten, der gesellschaftlichen Praxis, anderer Sektionen sowie der Massenorganisationen an.

3 Auf der Grundlage der sozialistischen Verfassung der DDR ist die Zusammenarbeit der staatlichen Leitung mit den Leitungen der Massenorganisationen an der Universität, des FDGB und der FDJ, als wesentliche Bedingung zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie zielstrebig zu intensivieren.

Die Universitätsgewerkschaftsleitung sieht in Zusammenarbeit mit der staatlichen Leitung ihre Hauptaufgabe darin, alle Angehörigen der Universität in den revolutionären Prozeß der Umgestaltung einzubeziehen und sie zu befähigen, politisch bewußt und schöpferisch an der Planung und Leitung der Universität und an der Erfüllung der Aufgaben mitzuarbeiten. Das erfordert die enge Koordinierung auf allen staatlichen und gewerkschaftlichen Leitungsebenen vor allem auf folgenden Gebieten:

- Durchsetzung der kontinuierlichen politischen Weiterbildung und Qualifizierung,
- Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs,
- Planmäßige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen an der Universität.

Aufgabe der staatlichen Leitung ist es, in Abstimmung mit der UGL auf der Grundlage der staatlichen Pläne Kriterien des Wettbewerbs in seinen verschiedenen Formen auszuarbeiten und eine solche Organisationsform zu entwickeln,

daß die Ergebnisse des Wettbewerbs regelmäßig öffentlich abgerechnet werden können. Die Gewerkschaftsleitungen unterstützen die staatlichen Leitungen, indem sie durch zielgerichtete Arbeit bei allen Mitarbeitern politisches Verständnis für den Inhalt des Wettbewerbs wecken und sie für die Teilnahme am Wettbewerb gewinnen.

Die staatlichen und gewerkschaftlichen Leitungen schaffen solche Voraussetzungen, daß die gewählten Gewerkschaftsleitungen, gestützt auf die Mitwirkung der durch sie vertretenen Mitglieder, zu prinzipiellen Fragen als Kollektiv Stellung nahmen und damit ihrer in der Verfassung festgelegten Kontrollpflicht und Interessenvertretung voll gerecht werden können.

Die Grundsätze der zwischen Rektor und FDJ-Kreisleitung in Zuge der Verwirklichung der Hochschulreform abgeschlossenen Vereinbarung (siehe „HU“ 26/68) sind auf allen Ebenen der Universität durchzusetzen. Diese Vereinbarung geht davon aus, daß die moderne sozialistische Universität sich durch einen hohen Reifegrad der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auszeichnet, die u. a. Hochschullehrer und Studenten eng in dem gemeinsamen Grundanliegen verbindet, sozialistische Absolventen zu erziehen und auszubilden. Die Studenten werden nach ihrem Studium in den kommenden Jahren und Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus die wissenschaftlich-technische Revolution und die Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur unter Führung der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei zu meistern haben.

Die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend haben stets an der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung der Humboldt-Universität an der Seite des Lehrkörpers mitgewirkt. Getragen von den verfassungsmäßig verankerten Rechten und Pflichten der jungen Generation sind sich die FDJ-Studenten ihrer besonderen Verantwortung für die Gestaltung des Erziehungs- und Ausbildungsprozesses bewußt. Sie werden sich des Vertrauens würdig erweisen und mit hohem Verantwortungsbewußtsein und schöpferischer Aktivität unsere sozialistische Universität entwickeln helfen. Geführt von der kämpferischen Gemeinschaft der einheitlichen sozialistischen Jugendorganisation wollen die Studenten der Hochschullehrer der Humboldt-Universität bei ihrer bedeutsamen Aufgabe unterstützen, eine wissenschaftlich hochqualifizierte, fest an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei stehende sozialistische Intelligenz zu erziehen und auszubilden und dabei die sozialistischen Gemeinschaftsbeziehungen mit den Hochschullehrern festigen.

4 Die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Wissenschaftler, Arbeiter, Angestellten und Studenten ist ein wesentlicher Bestandteil der Hochschulreform und der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie in unserer Gesellschaft.

Die in der Vergangenheit erreichten Fortschritte auf diesem Gebiet reichen im Hinblick auf die neuen qualitativ höheren Anforderungen, die an alle Mitarbeiter gestellt werden, nicht mehr aus. Überwunden werden muß die spontane und unsystematische Arbeit auf diesem Gebiet. Die staatlichen Leitungen aller Ebenen müssen mit Unterstützung der Gewerkschaftsleitung auf der Grundlage von Analysen zu einer systematischen Arbeit nach klaren Konzeptionen zur planmäßigen Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen übergehen und über die Ergebnisse regelmäßig Rechenschaft vor der Belegschaft und den Gewerkschaftsleitungen ablegen. Alle Mitarbeiter der Universität sollen dafür gewonnen werden, die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen praktisch verwirklichen zu helfen. Dazu ist notwendig:

- das Arbeitsklima ständig zu verbessern, alle Mitarbeiter in die Lösung der Aufgaben einzubeziehen, die gegenseitige Kontrolle und kameradschaftliche Hilfe zu gewährleisten, auf der Grundlage der neuen Leitungsstruktur eine wissenschaftliche Leitungstätigkeit zu entwickeln und mit Hilfe gemeinsamer Arbeitsprogramme sozialistische Kollektive zu schaffen;
- die Organisation der Arbeit zu verbessern, den Mitarbeitern klare Aufgaben zu stellen und diese exakt abzugrenzen, die Verantwortlichen jedes einzelnen Mitarbeiters konkret festzulegen, die Initiative der Mitarbeiter zur Gestaltung sozialistischer Beziehungen und Arbeits-

bedingungen (Neuererwesen und Rationalisierung) zu fördern;

- die Erfahrungen der besten Kollektive zu verallgemeinern, die um den Staatstitel kämpfenden Kollektive durch die staatliche und gewerkschaftliche Leitung zu unterstützen und als Schrittmacher in den jeweiligen Bereichen wirksam werden zu lassen;
- den weiblichen und jugendlichen Mitarbeitern solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, sich als sozialistische Persönlichkeiten voll zu entfalten und ihnen alle Möglichkeiten bieten, sich gesellschaftlich und beruflich weiterzubilden;
- ein reges geistig kulturelles Leben in den Kollektiven zu entwickeln;
- Körperkultur und Sport in allen Bereichen zu entwickeln;
- die gesellschaftlichen kollektiven und persönlichen Interessen ständig in Übereinstimmung zu bringen und gleichzeitig neue Methoden der materiellen Interessiertheit zu entwickeln, die entsprechenden Einzelaufgaben in den gemeinsamen Arbeitsprogrammen festzulegen und ihre Erfüllung regelmäßig in den Kollektiven zu überprüfen;
- die gesetzlichen Normen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes zu verwirklichen und die sozialen Belange der Mitarbeiter quantitativ und qualitativ zu verbessern;
- die materiellen Fonds planmäßig durch die staatlichen Leiter in Übereinstimmung mit den jeweiligen Gewerkschaftsleitungen einzusetzen;
- mindestens einmal jährlich Rechenschaft zu legen durch die jeweiligen staatlichen Leiter vor ihren Gewerkschaftsleitungen bzw. Gewerkschaftsgruppen.

5 Das neugeschaffene System der zentralen staatlichen Leitung und der Leitung der Sektionen ist zu einem System der politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Führung der Menschen bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben zu entwickeln.

Die Leitung der Universität und der Sektionen ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut und folgt den Grundsätzen der wissenschaftlichen Führungstätigkeit und der Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Es richtet sich zugleich nach dem Prinzip der Einzellitung, das mit einem System der kollektiven Entscheidungsfindung und Beratung von Grundsatzfragen verbunden ist.

An der Spitze der Universität steht der Rektor, an der Spitze der Sektionen stehen die Direktoren der Sektionen. Der Rektor und die Direktoren der Sektionen sind in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich für die komplexe Leitung der sich an der Universität bzw. an den Sektionen vollziehenden Grundprozesse und die Erfüllung der staatlichen Pläne voll verantwortlich.

Der Rektor arbeitet mit den Direktoren der Sektionen direkt zusammen, gibt ihnen Anleitung und ist ihnen gegenüber weisungsberechtigt. Zur Auswertung der Beschlüsse von Partei und Regierung, zur Vorbereitung von Entscheidungen, zur Verallgemeinerung der besten Erfahrungen, zur Beratung der Erfüllung bevorstehender Aufgaben und zur Erläuterung von Beschlüssen der Universitätsleitung führt er mit den Direktoren der Sektionen regelmäßig Dienstbesprechungen durch. Die Direktoren der Sektionen verwirklichen die gleichen Prinzipien im Zusammenwirken und in entsprechenden Beratungen mit den Leitern der Lehr- und Forschungsbereiche.

Der Rektor übt seine Rechte vor allem in Grundsatzfragen und bedeutenden Einzelfragen, die seiner Entscheidung bedürfen, aus. Bei der Entscheidungsfindung bedient sich der Rektor der kollektiven Beratung mit den Räten der Universität und der Dienstbesprechung mit den Prorektoren und Direktoren. Zur Vorbereitung von Entscheidungen des Rektors, der ständigen analytischen, konzeptionellen und kontrollierenden Tätigkeit in bestimmten Bereichen wurden Direktorate als Funktionalorgane eingerichtet, die von Unversitätsdirektoren geleitet werden. Dies sind nach den gegenwärtigen Vorstellungen:

- das Direktorat für Ausbildung und Erziehung
- das Direktorat für Weiterbildung
- das Direktorat für Forschung

- das Direktorat für Ökonomie
- das Direktorat für Kader und Bildung
- das Direktorat für Internationale Beziehungen
- das Direktorat für Kultur- u. Öffentlichkeitsarbeit.

Dem Rektor stehen in der Leitung der Universität drei Prorektoren als Stellvertreter zur Seite, der 1. Stellvertreter, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften und der Prorektor für Prognose und Wissenschaftsentwicklung.

Der 1. Prorektor ist der ständige Stellvertreter des Rektors, dessen Amt er im Vertretungsfall ohne Einschränkung wahrnimmt. Er ist insbesondere für die einheitliche Leitung aller ökonomischen Belange verantwortlich, für die Koordinierung auf der Ebene der Prorektoren und Direktoren und kann sich in Abstimmung mit dem Rektor der zeitweiligen Leitung eines oder mehrerer Arbeitsgebiete zuwenden.

Der Prorektor für Prognose und Wissenschaftsentwicklung leitet und koordiniert die Vorbereitungen zur Festlegung der strategischen Linie der Wissenschaftsentwicklung der Universität. Auf Grund von Analysen und nach Studium der Wissenschaftsentwicklung in der DDR und im internationalen Maßstab sowie auf Grund von Teilprognosen einzelner Wissenschaftszweige und bestimmter Bereiche der gesellschaftlichen Praxis bereitet er die Entscheidungen vor, die im wissenschaftlichen Rat hinsichtlich der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit getroffen werden müssen. Er bedient sich dabei der Materialien, die ihm die einzelnen Direktorate zurarbeiten, und arbeitet eng mit dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften zusammen. Zur ständigen prognostischen und wissenschaftstheoretischen Arbeit steht ihm eine Prognosegruppe zur Seite.

Der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften ist für die zielstrebige Durchsetzung des Marxismus-Leninismus im gesamten Bereich der Universität verantwortlich. Er gewährleistet in der staatlichen Leitung der Universität die Verwirklichung des einheitlichen Systems der marxistisch-leninistischen Weiterbildung, das in engem Zusammenwirken von staatlicher Leitung, Universitätsgewerkschaftsleitung und Kreisleitung der FDJ gestaltet wird. Seine Tätigkeit ist insgesamt darauf gerichtet, unter Einbeziehung der staatlichen Leiter in den Direktoraten und Sektionen die Voraussetzungen für eine wirksame klassenmäßige Bildung und Erziehung der Studenten weiterzuentwickeln und durch die Planung, Durchführung und Kontrolle entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen zu gewährleisten, daß die Mitarbeiter der Universität ihre Aufgaben in Ausbildung, Erziehung, Weiterbildung und Forschung, Wissenschaftspropaganda, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit auf einer gefestigten marxistisch-leninistischen Grundlage hochqualifiziert und effektiv erfüllen.

Dem Direktor der Sektion, der dem Rektor für die Erfüllung der Aufgaben der Sektion verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist, stehen stellvertretende Direktoren der Sektion zur Seite. Gemeinschaftlich mit den Vertretern der Massenorganisationen bilden sie das Leitungskollektiv der Sektion, dem der Direktor als Einzelliter vorsteht. An allen Sektionen sind zur Gewährleistung der Aufgaben in Ausbildung und Erziehung Kommissionen für Ausbildung und Erziehung zu bilden, die von einem Stellvertreter des Direktors geleitet werden und alle wichtigen Fragen der Ausbildung und Erziehung beraten. Die FDJ-Studenten sind in diese Arbeit in Übereinstimmung mit den FDJ-Leitungen als gleichberechtigte Mitglieder der Kommission einzubeziehen. In ähnlicher Weise gewährleisten die Sektionen die demokratische Mitwirkung ihrer Angehörigen an der Leitung der Forschungsarbeit und sichern auf diese Weise die Ausschöpfung aller Potenzen.

Beim Aufbau der neuen Leitungssysteme an der Universität ist von dem Grundsatz auszugehen, daß die Entscheidungen dort getroffen werden sollen, wo sie am sachkundigsten gefällt werden und wo sie ohne Zeitverlust am raschesten in die Tat umgesetzt werden können. Es ist immer und überall darauf zu achten, daß jede Leitung Führung von Menschen ist und daher darauf gerichtet sein muß, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu fördern und ihre Eigeninitiative und Aktivität zu erhöhen. Ziel der neuen Leitungsstruktur und neuer Methoden der Leitung muß die Steigerung der produktiven Leistungen aller Universitätsangehörigen sein. Die Leistungssteigerung ist das entscheidende Kriterium für die Effektivität des neuen Leitungssystems. Diesem Hauptkriterium entsprechend ist es ständig zu verbessern und den sich verändernden Bedingungen anzugleichen.

ZITAT DER WOCHE

Folgende Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press vom 30. August wurde in keiner westdeutschen und keiner Westberliner Zeitung nachgedruckt: "Auf- ruhr in einem vietnamesischen Gefängnis. Saigon, 30. August (AP). Heute morgen in- szenierten gefangene Amerikaner im amerikanischen Militärgefängnis Long Binh einen Aufstand. Ein Gefangener wurde getötet und 58 verletzt, ehe die Militärpolizei nach einer turbulenten Stunde die Lage wieder in der Hand hatte. Dies teilte ein Militärsprecher mit. In der Auseinandersetzung wurden fünf Militärpolizisten verletzt, zahlreiche Gebäude des Militärkomplexes, das 12 Meilen nördlich von Saigon liegt und als "LBJ" (Long Binh Jail für Lyndon B. Johnson. Die Red.) bekannt ist, gingen in Flammen auf. Die Militär- polizei setzte, wie der Sprecher sagte, "alle bei einem Aufruhr gebräuchlichen Mittel, Tränengas eingeschlossen", ein. Von den 58 verletzten GIs mußten 23 in ein Hospital eingeliefert werden, 35 wurden an Ort und Stelle ärztlich behandelt und anschließend in Gewahrsam zurückgebracht. Der Militärsprecher fügte hinzu, daß die im Lazarett lie- genden Gefangenen und die fünf Militärpolizisten nicht lebensgefährlich verletzt worden seien. Einzelheiten über die Umstände, unter denen ein Gefangener ums Leben kam, wurden nicht mitgeteilt. - Die 720 Gefangenen im Long Binh Jail sind in der Mehrzahl Soldaten, es befinden sich nur wenige Zivilgefangene darunter. Einige warten auf ihr Gerichtsverfahren, andere wurden zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt und verbüßen im LBJ ihre Strafe. Amerikaner, die längere Gefängnisstrafen erhielten, werden grund- sätzlich in die USA zur Verbüßung ihrer Haftstrafen überführt. Der Aufruhr brach einige Minuten nach Mitternacht aus. 20 Minuten später trat die Militärpolizei zur Niederschla- gung des Aufstandes an. Um 2.30 am Morgen waren Aufstand und Feuersbrunst unter Kontrolle." - Der hier wörtlich zitierte AP-Bericht sagt nichts über die Ursachen der Gefangenenrevolte.

PERSONALIEN

KLAUS MESCHKAT, ehemaliger Vorsitzender des Westberliner Republikanischen Clubs, ist für ein Jahr in die Vereinigten Staaten gegangen. Er hat dort einen Lehrauftrag an der New Yorker Universität. Er ist über die "New York University, Department of Sociology, N. Y. 10 003, New York, USA" zu erreichen.

LOTHAR PINKALL, ehemaliges Vorstandsmitglied des Westberliner Republikanischen Clubs und Leiter der IG-Metall-Schule in Westberlin, ist in die Verlagsleitung der Euro- päischen Verlagsanstalt in Frankfurt eingetreten. Er ist über den Verlag, 6 Frankfurt 70, Metzlerstraße 25 (Telefon 61 50 29) zu erreichen.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, minde - stens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpost- zuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs- gesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
 WOHNORT:
 STRASSE:
 DATUM: UNTERSCHRIFT: